

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 17. Januar 1990

am Donnerstag, dem 18. Januar 1990

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	27, 28	Menzel (SPD)	37
Conradi (SPD)	49, 50	Dr. Müller (CDU/CSU)	8, 57
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	29, 30	Müntefering (SPD)	38, 39
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	34, 35	Pauli (SPD)	5, 6
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	14, 15	Reuter (SPD)	44, 45
Dr. Emmerlich (SPD)	59, 60	Frau Rönsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	40, 41
Gansel (SPD)	12, 54	von Schmude (CDU/CSU)	20, 21
Gerster (Worms) (SPD)	1, 2	Schreiner (SPD)	33, 53
Hiller (Lübeck) (SPD)	55, 56	Frau Schulte (Hameln) (SPD)	7
Jäger (CDU/CSU)	11, 51	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	61
Kiehm (SPD)	23, 24	Seidenthal (SPD)	25, 26
Dr. Klejdzinski (SPD)	46, 47	Stiegler (SPD)	52, 58
Dr. Kübler (SPD)	3, 4	Frau Vennegerts (DIE GRÜNEN)	13, 48
Kuhlwein (SPD)	22, 36	Volmer (DIE GRÜNEN)	18, 19
Frau Männle (CDU/CSU)	42, 43	Dr. de With (SPD)	9, 10
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	16, 17	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	31, 32

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)

Welche andere Zweckbestimmung ist für das offenbar geräumte Militärdepot der US-Streitkräfte zwischen Mörsfeld, Stein-Bockenheim, Wonsheim und Tiefenthal in Rheinhessen von amerikanischer Seite vorgesehen?
2. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die US-Streitkräfte für diese Liegenschaft trotz des Widerstands der benachbarten Gemeinden die Anlage eines Hubschrauber-Landeplatzes erwägen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wie ist die genaue Rechtsbegründung der Bundesregierung für die Ableitung der Geheimhaltung von Militärtransporten der Bundeswehr mit gefährlichen Stoffen auf den Straßen, den Schienen und zu Wasser aus dem verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrag ihrer Streitkräfte gemäß Artikel 87a Abs. 2 Grundgesetz (siehe Antwort der Bundesregierung vom 27. Dezember 1989 auf meine schriftliche Frage vom 30. November 1989)?
4. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wie lautet der genaue Inhalt der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den stationierten verbündeten Streitkräften geschlossenen völkerrechtlichen Abkommen (siehe Antwort der Bundesregierung vom 27. Dezember 1989 auf meine schriftliche Frage vom 30. November 1989), die zur Geheimhaltung von Militärtransporten der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte mit gefährlichen Stoffen auf den Straßen, den Schienen und zu Wasser berechtigen, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der demokratischen Entwicklung in den Ostblockstaaten und der Rechtslage in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Überprüfung dieser Abkommen mit dem Ziel herbeizuführen, diese Frage genauso zu regeln, wie sie in den Vereinigten Staaten von Amerika geregelt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Aus welchen Gründen und mit welchen bisherigen Ergebnissen hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie wissenschaftliche Untersuchungen über Eruptionen des Eifelvulkanismus im Laacher See-Gebiet in Auftrag gegeben?
6. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Untersuchungsergebnisse bei der Standortfrage des noch nicht genehmigten Atomkraftwerkes Mülheim-Kärlich einbezogen werden sollen, bzw. ist die Bundesregierung bereit, der Landesregierung Rheinland-Pfalz entsprechende Forschungsergebnisse zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordnete
Frau Schulte (Hameln)
(SPD)
- In welchen Tageszeitungen sind die Anzeigen „GUTES NEUES JAHR 1990“ vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden, und welche Kosten sind hierfür insgesamt entstanden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

8. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie ist die Geldsammlung für Waffenkäufe für die Guerillabewegung in El Salvador mit den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland vereinbar?
9. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Könnte die Bundesregierung einem Ersuchen eines fremden Staates nach Einfrieren und schließlich Überführen von Drogengeldern bei/bzw. aus Banken entsprechen, nachdem im Ausland die ordnungsgemäße Beschlagnahme bzw. die rechtskräftige Verurteilung des Drogentäters erfolgt ist (Gewinnabschöpfung, Einziehung und Verfall, Geldwäsche)?

- | | |
|---|---|
| 10. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) | Wenn nein, welche Maßnahmen müßten getroffen werden, um derartigen Ersuchen nachkommen zu können? |
| 11. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU) | Besteht nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Aussicht, daß die menschenrechtswidrigen politischen Straftatbestände, die mit Gesetz vom 7. April 1977 in das Strafgesetzbuch der DDR eingefügt worden sind, sowie alle anderen gegen die Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstoßenden Strafnormen noch vor der Schlußphase des Volkskammer-Wahlkampfes in der DDR zum Schutz der Meinungs- und Reisefreiheit aufgehoben werden, und was wird die Bundesregierung widrigenfalls im Gespräch mit der DDR-Regierung unternehmen, um die Aufhebung dieser Strafbestimmungen zu erreichen? |
| 12. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | In welcher Weise waren Dienststellen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Entlassung des ehemaligen DDR-Staatssekretärs und STASI-Obersten Schalck-Golodkowski aus der Untersuchungshaft beteiligt und ist ihnen sein Aufenthalt bekannt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß beispielsweise die Hamburger K. AG während des Golfkrieges Ersatzteile für die G 3-Fertigung geliefert hat? |
| 14. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN) | Hat die Bundesregierung inzwischen Informationen hinsichtlich der Herkunft von G 3-Gewehren, die von südafrikanischen Streitkräften eingesetzt werden und auch von südafrikanischen Firmen weiterverkauft wurden? |
| 15. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN) | Kann die Bundesregierung erklären, wie Waffen des Typs HK 43 in den Besitz der südafrikanischen Armee gelangen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN) | Wie viele Staaten erhalten nach wie vor genehmigungspflichtige Zulieferungen, Komponenten oder Ersatzteile aus der Bundesrepublik Deutschland, die für die auswärtige MP 5-Fertigung bestimmt sind? |

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN) | Wie viele Staaten erhalten nach wie vor genehmigungspflichtige Zulieferungen, Komponenten oder Ersatzteile aus der Bundesrepublik Deutschland, die für die auswärtige Fertigung von G 3-Gewehren bestimmt sind? |
| 18. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN) | In welche südamerikanischen Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher G 3-Gewehre aus portugiesischer Lizenzproduktion geliefert worden? |
| 19. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN) | Besitz die Bundesregierung mittlerweile Informationen über die Herkunft der G 3-Gewehre bei der nicaraguanischen Contra? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|---|--|
| 20. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) | Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Aktivitäten der Sekte „Scientology Church“ vor, insbesondere über das Geschäftsbahnen und deren Versuche, junge Menschen in ihre Abhängigkeit zu bringen? |
| 21. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Vorgehen dieser Sekte zu überwachen und gegebenenfalls einzugreifen, und ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, gegebenenfalls auch die Gemeinnützigkeit dieser Sekte aufzuheben? |
| 22. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahren, die von der Arbeit der Scientology-Sekte für die geistige und seelische Entwicklung von jungen und erwachsenen Menschen ausgehen, und welche Maßnahmen will sie gegebenenfalls ergreifen, um diesen Gefahren zu begegnen? |
| 23. Abgeordneter
Kiehm
(SPD) | Welche konkreten Verbesserungen für den Trinkwasserschutz will die Bundesregierung durch die jetzt vorgelegte Änderung der Trinkwasserverordnung erreichen, und wie beurteilt sie die Argumente der EG-Kommission, die Bundesrepublik Deutschland trotz beabsichtigter Änderung der Trinkwasserverordnung wegen nicht ausreichender Umsetzung der EG-Richtlinie insbesondere in Bezug auf die Grenzwerte für Nitrat und Pestizide vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen? |

24. Abgeordneter
Kiehm
(SPD)
- Wie wird sich durch Einfügen des Begriffs „Notfall“ in § 4 Abs. 1 der Trinkwasserverordnung die Praxis der Gesundheitsämter bei der Genehmigung von Grenzwertüberschreitungen ändern müssen, und was soll in den Fällen geschehen, in denen nach dem 1. Oktober 1989 Pestizid-Grenzwertüberschreitungen – verbunden mit Sanierungsprogrammen – genehmigt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

25. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Wie verläuft die Trassenführung der Eisenbahnschnellverbindung Berlin – Hannover über Stendal, an der nach der Bestätigung durch Bundeskanzler Kohl und den Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, anlässlich des Arbeitstreffens in Dresden am 19. und 20. Dezember 1989 festgehalten wird, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, und werden die Städte Wolfsburg und Braunschweig direkt angeschlossen?
26. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Da auf Grund der deutsch-deutschen Entwicklung es für die Deutsche Bundesbahn und die Reichsbahn der DDR sehr wichtig wäre, daß Elektrifizierungslücken geschlossen werden, frage ich die Bundesregierung, ob die Strecke Braunschweig – Helmstedt – Magdeburg ausgebaut und Helmstedt Haltepunkt auf dieser zukünftig leistungsfähigen Bahnverbindung sein wird?
27. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Pläne der Deutschen Bundesbahn bekannt, denen zufolge zukünftig nicht jeder über Augsburg und Ulm fahrende IC-Zug in diesen Städten halten soll?
28. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dieses Vorhaben zumindest ein erster Schritt der Abkoppelung des gesamten schwäbisch-bayerischen Wirtschaftsraumes von der nicht nur für die ökonomische Entwicklung dieser Region wichtigen Süd-Nord-Bahnverbindung darstellen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die Studie des tschechoslowakischen Ministeriums für Wasser- und Forstwirtschaft bekannt, das den Standort Temelin für ein Atomkraftwerk insbesondere in seismischer, geologischer und strahlenbiologischer

- Hinsicht als ungeeignetsten in der CSSR bezeichnet, der auch für die Bundesrepublik Deutschland und Österreich eine außerordentliche Gefahr darstellt, und mit welchen Schritten wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Bauarbeiten in Temelin sofort beendet werden?
30. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen sind die deutsch-französischen bzw. deutsch-englischen Expertengruppen gelangt, die zu den atomaren Wiederaufarbeitungsanlagen von La Hague und Sellafield Sicherheitsüberlegungen anstellen sollten, und welchem Stand hat die, ursprünglich für Herbst letzten Jahres, vorgesehene Unterzeichnung der Wiederaufarbeitungs-Verträge durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Töpfer?
31. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Über welche Anlagen erbringen im einzelnen die bundesdeutschen Atomkraftwerke ihren Entsorgungsvorsorgenachweis, die diesen bisher über die geplante WAA Wackersdorf erbrachten, nach dem die DWK ihren Genehmigungsantrag zum Bau der Wackersdorfer Anlage zurückgezogen hat, und welche rechtsverbindliche Gültigkeit haben unter diesen Bedingungen die sogenannten Entsorgungsgrundsätze noch?
32. Abgeordnete
Frau
Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Welche Punkte sind bei den Verhandlungen im Staatssekretärausschuß auf Bund-Länder Ebene, der zur Neuformulierung der Entsorgungsgrundsätze eingerichtet wurde, strittig, und wie ist der konkrete Verhandlungsstand in diesem Staatssekretärausschuß bezüglich der Auslegung der Planfeststellungsunterlagen zum geplanten atomaren Endlager „Schacht Konrad“?
33. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des für die Umwelt zuständigen EG-Kommissars Carlo Ripa di Meana, die gemeinsame lothringisch-saarländische Kandidatur für die beabsichtigte EG-Umweltagentur „entspreche dem europäischen Geist“ und „sei weit davon entfernt, chancenlos zu sein“ („Saarbrücker Zeitung“ vom 12. Januar 1990)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

34. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Trifft die Feststellung eines renommierten Fachorgans für den Amateurfunkdienst zu, daß im Zuge der zunehmenden Verkabelung allenthalben die „Hausverteilungsnetze auf einem dem Amateurfunk exklusiv zugewiesenen Frequenzband“ strahlen und so in vielen Stadtbereichen

der Funkbetrieb auf den beeinträchtigten Frequenzen nicht mehr möglich sei, und wie viele Beschwerden über solche Störungen gehen der Bundesregierung zu?

35. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)

Was wird die Bundesregierung tun, um ihren hoheitlichen Aufgaben der Frequenzkoordination und Überwachung gerecht zu werden und diese Störungen des Amateurfunkbetriebs abzustellen?

36. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verteilung der Werbezeitung der Scientology-Sekte „Der Freiheitsspiegel“ im südlichen Schleswig-Holstein durch die Deutsche Bundespost im Hinblick auf die bekannten Praktiken dieser Sekte, junge und erwachsene Menschen in psychische und finanzielle Abhängigkeit zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

37. Abgeordneter
Menzel
(SPD)

Wie gedenkt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sicherzustellen, daß bei Entscheidungen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Belange der Raumordnung berücksichtigt werden, nachdem im 18. Rahmenplan die in den vorherigen Rahmenplänen „verankerte Verzahnung von Raumordnungspolitik und regionaler Strukturpolitik“ aufgegeben worden ist?

38. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Zu welchen konkreten Ergebnissen und Beschlüssen hat das erste Treffen der Wohnungsbauminister der EG am 18. Dezember 1989 geführt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Wohnungspolitik der Bundesregierung?

39. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Anteil von Ausländern an den Haushalten vor, die in Sozialwohnungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf leben, und wie ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in diesen Gebieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

40. Abgeordnete
**Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)**
- Wie ist der Stand der Überlegungen im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in bezug auf die Förderung von Wiedereingliederungsmaßnahmen für aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschobene Frauen aus der Dritten Welt, die hier in der Prostitution tätig waren?
41. Abgeordnete
**Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)**
- Welche Maßnahmen zur Frauenförderung sind in der letzten Zeit in Thailand und auf den Philippinen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit initiiert und finanziert worden?
42. Abgeordnete
**Frau
Männle
(CDU/CSU)**
- Sind mittels der Titelgruppe 02 des Einzelplans 23 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit „Förderung von Entwicklungsländern durch Maßnahmen der Reintegration oder zur Verbesserung der Beschäftigungslage in diesen Ländern“ Förderungsmöglichkeiten von Kurzausbildungsprogrammen zur Wiedereingliederung für solche Frauen aus der Dritten Welt gegeben, die in der Bundesrepublik Deutschland der Prostitution nachgegangen sind?
43. Abgeordnete
**Frau
Männle
(CDU/CSU)**
- Wie wird im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die in der Frauenförderrichtlinie enthaltene Zusage umgesetzt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses für die Bedeutung der Frauenförderung in der Dritten Welt zu sensibilisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

44. Abgeordneter
**Reuter
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Irland als „Gutachter“ für die Ausweisung von Mülldeponien im Main-Kinzig-Kreis betätigt?
45. Abgeordneter
**Reuter
(SPD)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten eines Berufsdiplomaten, der in einem Schreiben vom 14. November 1988, das dem Bundesminister des Auswärtigen vorliegen muß, sich in eine politische Auseinandersetzung in seinem Heimatkreis einmischt und sich völlig undiplomatisch im Ton vergreift?

46. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Aussage in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/5438) „Die Bundesregierung begrüßt die stetigen Fortschritte der Demokratisierung und der Verwirklichung der Menschenrechte in der Republik Korea“ (Frage 12) mit den Ausführungen im Menschenrechtsbericht des US-State Department an den Kongreß bezüglich Südkorea (Seite 842 ff.), das Problem der politischen Gefangenen, deren Zahl im letzten Jahr trotz Amnestien noch angestiegen sei, stelle trotz genereller Verbesserung der Menschenrechtslage das wichtigste der verbliebenen Menschenrechtsprobleme Südkoreas dar?
47. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hat die Bundesregierung anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Republik Korea, Roh Tae Woo, am 20. und 21. November 1989 auch Gespräche mit ihm über die hohe Zahl der politischen Gefangenen in Südkorea geführt, die – wie in den regelmäßigen Jahresberichten von amnesty international zum Ausdruck kommt – Folter und Menschenrechtsverletzungen erdulden müssen?
48. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN)
- Besitzt die Bundesregierung – wenn schon keine eigenen – dann doch Informationen aus dem Augenschein ihrer Diplomaten vor Ort im Iran oder aus der Tätigkeit der ja noch-bundeseigenen Firma Fritz Werner darüber, daß das G 3-Gewehr u. a. im Golfkrieg eingesetzt wurde und weiterhin im Iran im Einsatz ist?
49. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die völkerrechtswidrigen Aktionen der US-Regierung in Panama, und wie hat sie in den Vereinten Nationen dazu abgestimmt?
50. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Auf welche Weise hat die Bundesregierung ihre Meinung zu den völkerrechtswidrigen Gewaltmaßnahmen der USA in Panama geäußert?
51. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung aus der besonderen deutschen Verantwortung im Hinblick auf den Hitler-Stalin-Pakt im Jahr 1990 gegenüber der sowjetischen Regierung unternehmen, um die baltischen Völker bei der Durchsetzung ihres Selbstbestimmungsrechts zu unterstützen?
52. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um das Personal der Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Polen und in den anderen Reformstaaten so aufzustocken, daß der enorme zusätzliche Arbeitsanfall produktiv bewältigt werden kann?

53. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Verhaftung der deutschen Soziologin Dr. Hella Schlumberger am 10. Januar 1990 in Siirt/Türkei wegen „kurdischer Propaganda“, und welche Aktionen hat sie bisher zu ihrer Freilassung unternommen?
54. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß auch nach der jüngsten Verurteilung des U-Boot-Geschäfts mit Südafrika durch die Vereinten Nationen das Auswärtige Amt den Eintritt einer „erheblichen Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland“ verneint hat, und wer trägt im Auswärtigen Amt dafür die Verantwortung, daß zum wiederholten Male durch sogenannte Gutachten des Auswärtigen Amtes gegenüber der Staatsanwaltschaft Kiel versucht worden ist, die Aufnahme staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen der rechtswidrigen Lieferung von Konstruktionsunterlagen für den U-Boot-Bau nach Südafrika zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

55. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Kapitel 06 40 der Titel 684 06-246 Förderung der Einhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen sowie der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge (§ 96 BVFG) in den Jahren 1983 bis 1989 von 4,359 Mio. DM auf 17,594 Mio. DM gestiegen ist und im Jahre 1990 noch einmal auf 20,424 Mio. DM steigen soll, was einer unverhältnismäßig hohen Steigerung um 368,55 % in sieben Jahren oder einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 52,65 % entspricht, während im gleichen Zeitraum der Bundeshaushalt von 188,3731 Mrd. DM auf 242,9729 Mrd. DM (Entwurf 1990) gestiegen ist, was einer Steigerung von 28,99 % oder einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 4,14 % entspricht?
56. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wieviel Prozent hat der Bund der Vertriebenen in der Vergangenheit von der Projektförderung erhalten, die 1987 knapp 2 Mio. DM (Kapitel 06 40 Titel 684 05-246) erreichte, 1989 waren das 14 839 000 DM und nun liegt sie bei 39 042 000 DM, und für welche konkreten Projekte hat er bisher Gelder bekommen?

57. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist nach Erkenntnis der Bundesregierung der Betrag von Waffenkäufen zugunsten der Guerillabewegung in El Salvador, der in der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht wurde, und in welchem Umfang hat nach Erkenntnis der Bundesregierung das Unternehmen, das in der DDR von dem ehemaligen Staatssekretär Schalck-Golodkowski geleitet wurde, Waffen mit Mitteln aus der Bundesrepublik Deutschland an die Guerillabewegung verkauft?
58. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, auch in Form finanzieller Angebote, um an der Grenze zur CSSR die Möglichkeit der Eröffnung weiterer Grenzübergänge, insbesondere auch des Ausbaus des Eisenbahnübergangs in Bayerisch Eisenstein, voranzubringen, und bis wann wird mit Ergebnissen gerechnet?
59. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Welchen Wortlaut oder genauen Inhalt hatten die Vereinbarungen zwischen dem Bundeskriminalamt und dem Versicherungsdetektiv Werner Mauss aus den Jahren 1972, 1976 und 1981?
60. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Wie lauten die Vereinbarungen zwischen dem Bundeskriminalamt und der Versicherungswirtschaft (eventuellen einzelnen Versicherern) über den Einsatz des Versicherungsdetektivs Werner Mauss sowie über dessen Vergütung und Kosten-erstattung?
61. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der Planung und Verwirklichung des Vorhabens des Deutschen Historischen Museums in Berlin?

Bonn, den 12. Januar 1990

